



aktuell

VOLKSENTSCHEID NETZE: VERANTWORTUNGSVOLL UND TRANSPARENT UMSETZEN

Die Bürgerinnen und Bürger haben sich, nach kontroverser Debatte über die Risiken und Nebenwirkungen, mit äußerst knapper Mehrheit entschieden: Hamburg soll sich auf den Weg machen, die Hamburger Strom-, Gas- und Fernwärmenetze wieder in die öffentliche Hand zu übernehmen. **Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern, die unsere ablehnende Position gegenüber einem Rückkauf geteilt und uns mit ihrer Stimme unterstützt haben.** Gleichwohl hat sich die SPD-Fraktion immer für verbindliche Volksentscheide eingesetzt - und das setzen wir jetzt um. Mit unserem in der Bürgerschaft beschlossenen Antrag sorgen wir dafür, dass unverzüglich mit den Mehrheitseignern der drei Netzgesellschaften für Strom-, Gas und Fernwärme geklärt wird, ob und wie ein **Zuerwerb der jeweils restlichen 74,9 Prozent** möglich ist.

Sollte dies nicht möglich sein, werden wir kurzfristig:

- vom **Rückabwicklungsrecht für die drei 25,1-Prozent-Beteiligungen** Gebrauch zu machen.
- zum Zwecke einer 100-prozentigen Rekommunalisierung der Energienetze **eine städtische Gesellschaft gründen**, die sich an dem bevorstehenden Ausschreibungsverfahren für die StromnetzkonzeSSION beteiligt.
- eine **Kündigung des Wegenutzungsvertrages für das Gasnetz** und ein entsprechendes **Konzessionsverfahren Gas** vorbereiten.
- den **Rechtsstreit im Bereich der Fernwärme** über die Frage, ob es einen Anspruch der FHH zur Herausgabe der relevanten Anlagen gegenüber der Vattenfall Wärme Hamburg GmbH gibt, wieder aufnehmen.

Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass eine angemessene parlamentarische Beratung über die Sachstände und Fortschritte der komplexen Verfahren sichergestellt wird und in diesem Rahmen die Vertrauensleute der Volksinitiative, aber ggf. auch die Vertreterinnen und Vertreter der Gegenposition im Volksentscheid sowie Arbeitnehmervertreter, als Sachverständige angehört werden. So sichern wir, so weit wie rechtlich möglich, ein transparentes Verfahren.



Denn der Umsetzungsweg wird kein leichter und nicht risikolos sein:

■ Es bestehen Risiken und längere juristische Auseinandersetzungen mit Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit (unter anderem Rechtsmäßigkeit der angestrebten Vergabe an eine städtische Gesellschaft, Bewertung der Netze und Kaufpreishöhe einer vollständigen Übernahme, Fragen der Netztrennung, Übergang von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern).

■ Der Betrieb von Fernwärmenetzen unterliegt nicht dem gesetzlich geregelten Rückgabeanspruch. Ob es einen Anspruch der FHH zur Herausgabe der relevanten Anlagen gibt, ist zwischen den Parteien des Vertrags streitig und müsste juristisch durchgesetzt werden.

Das Ergebnis des Volksentscheids zeigt, dass die Stadt in der Frage des NetZRückkaufs praktisch gespalten ist: Umso wichtiger sind jetzt die ordentliche Umsetzung des Volksentscheids und die transparente Information der Beteiligten sowie der Öffentlichkeit hierüber. Gerade, weil der Volksentscheid so knapp ausgegangen ist, gilt: Alle Beteiligten sollten mit dem Ergebnis verantwortlich umgehen. Wir tun es!

SPD-Bürgerschaftsfraktion, Hamburger Rathaus (3. Stock), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: (040) 428 31 - 13 25, Telefax: (040) 428 31 - 24 35, E-Mail: info@spd-fraktion.hamburg.de